



CDU

LANDTAGSFRAKTION
BADEN-WÜRTTEMBERG

16. Landtag von Baden-Württemberg, 38. Sitzung

Mittwoch, 12. Juli 2017, 09:00 Uhr

Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Linksextremismus und Linksterrorismus in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Ausschreitungen am Rande des G-20-Gipfels in Hamburg“

Thomas Blenke MdL:

Danke schön. Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Erneut beantragt die AfD-Fraktion mal wieder einen Untersuchungsausschuss, diesmal vor dem Hintergrund der – Zitat – „Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels in Hamburg“. Da gibt es in der Tat einiges zu klären, aber doch dann zuvörderst in Hamburg – in der Hamburgischen Bürgerschaft – und nicht zuerst bei uns im Landtag von Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, für das, was in Hamburg geschehen ist, gibt es keine, aber auch gar keine Rechtfertigung.

Gewalttätige Linksextremisten haben eine ganze Stadt in Ausnahmezustand versetzt. Polizisten aus ganz Deutschland und aus den Nachbarländern mussten in Hamburg helfen. Auch wir – Baden-Württemberg – haben eine große Zahl von Beamten entsendet. Viele Hundert Polizisten wurden verletzt – das haben wir zu beklagen –, darunter auch 73 aus unserem Land, aus Baden-Württemberg. Ich sage auch für die CDU-Fraktion: Allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in Hamburg bis über die Erschöpfungsgrenze hinaus für unsere Sicherheit den Kopf hingehalten haben, die zum Freiwild dieser Verbrecher wurden, schulden wir unseren aufrichtigen Dank und die große Wertschätzung der gesamten Bevölkerung.

Wir wünschen den körperlich Verletzten, dass sie bald wieder vollständig genesen. Die seelischen Narben werden sicherlich nicht so schnell verheilen. Selbst hartgesottene,

erfahrene Polizeibeamte berichten, einen solchen Gewaltexzess hätten sie noch nie in ihrem Leben erlebt.

Die CDU-Fraktion lehnt jeglichen Extremismus ab – gleich, ob von links oder ob von rechts.

Es kann nie einen Grund dafür geben, Steine und Brandsätze auf Polizisten zu werfen und deren Leben zu bedrohen. Autos anzuzünden, Läden zu plündern, das ist kein Protest gegen die Vorherrschaft des Kapitalismus oder gegen ungerechte Zustände in dieser Welt, das ist schlicht kriminell und gehört bestraft.

Wer Gehwegplatten oder Molotowcocktails von Hausdächern aus auf Polizisten wirft, ist kein Aktivist, sondern ein potenzieller Mörder, meine Damen und Herren.

Wir haben in Deutschland einen gesellschaftlichen Konsens aller Demokraten, dass wir gegen jede Form von Rechtsextremismus konsequent durchgreifen – zum Glück. Das ist auch richtig so, und das ist auch notwendig. Ich sage aber auch: Diese Konsequenz brauchen wir gegenüber allen Formen des Extremismus.

Bei linken Krawallen wird da schon öfter einmal verbal verharmlost und relativiert.

Man spricht von Aktivisten oder – neue Wortschöpfung – von „Krawallkids“. Dabei sind das üble, feige Verbrecher – so auch in Hamburg, wo man jahrelang wegschaute und die Gefahr verharmloste.

Eine Rote Flora gibt es bei uns in Baden-Württemberg nicht.

Das Phänomen des Linksextremismus wird von unseren Sicherheitsbehörden und von der Politik sehr ernst genommen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat erst jüngst einen Anstieg der Zahl gewaltorientierter linksextremer Personen um 5 % festgestellt. Auch die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten ist deutlich gestiegen. Dennoch ging die Zahl der linksextremistisch geprägten Gewalttaten in Baden-Württemberg zum Glück zurück. Sie können versichert sein: Unsere Sicherheitsbehörden sind wachsam, und sie werden wachsam bleiben.

Was die AfD mit ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bezweckt, ist lediglich, allen demokratischen Parteien diffus eine mangelnde Abgrenzung zum Linksextremismus zu unterstellen. Ihnen geht es nicht um die Überprüfung von konkretem Regierungshandeln, Ihnen geht es darum, mit Dreck zu werfen in der Hoffnung: Irgendwas wird da schon hängen bleiben.

Wenn Sie die politische Auseinandersetzung suchen – das ist legitim –, dann nutzen Sie Ihre normalen parlamentarischen Rechte wie die Einbringung von Anträgen oder Anfragen, lassen Sie darüber debattieren, und stellen Sie Ihre Fragen im dafür zuständigen Innenausschuss. Dort gehört das hin.

– Nein. Ihr Antrag ist kein Zeichen von Verantwortung, sondern von Effekthascherei mit dem Ziel, sich als Märtyrer darzustellen.

Sie missbrauchen das schärfste Schwert des Parlamentarismus und entwerten damit auch das Instrument des Untersuchungsausschusses.

Meine Damen und Herren, eine Pflicht zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses besteht dann, wenn ein entsprechender Antrag von zwei Fraktionen unterzeichnet ist. Nachdem Sie inzwischen in Zwietracht wieder vereint sind, hat nur eine Fraktion diesen Antrag gestellt.

Deswegen muss ich sagen: Die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses ist schlicht unnötig, sie wäre missbräuchlich. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Danke schön.